



Androsch begehrt die Einleitung eines Volksbegehrens – daran können Medien nicht vorbei. Foto: AP/Panz

Volk begehrt, Politik wartet ab

Volksbegehren sind unverbindlich – und selten in der Sache erfolgreich. Hauptsache ist vielfach, ein Thema im politischen Diskurs zu verankern. Das gelingt fast immer.

Conrad Seidl

Wien – Manchmal klappt es im ersten Anlauf: Nachdem auf Initiative der österreichischen Tageszeitungen in der Woche vom 5. bis zum 12. Oktober 1964 832.353 Wahlberechtigte das Rundfunkvolksbegehren unterzeichnet hatten, wurde das Rundfunkgesetz tatsächlich geändert. Die Parteien mussten ihren Einfluss im ORF zurücknehmen.

Das nächste Thema war schwieriger, umstrittener und geradezu geschaffen für einen Vorwahlkampf: Im Mai 1969 lief die Eintragungsfrist für das von der SPÖ unter dem damals neuen Vorsitzenden Bruno Kreisky propagierte Volksbegehren zur 40-Stunden-Woche. Die ÖVP, deren Wirt-

schaftsflügel zunächst heftig Stimmung dagegen gemacht hatte, signalisierte, dass sie das Anliegen aufgreifen würde. Tatsächlich kam die 40-Stunden-Woche aber erst, als Kreisky schon Kanzler war.

Langfristig haben manche Volksbegehren Erfolg, selbst wenn sie im ersten Anlauf als gescheitert erscheinen: Das Konrad-Lorenz-Volksbegehren gegen den Bau des Donaukraftwerks Hainburg blieb 1985 mit 353.906 Unterzeichnern deutlich unter den selbstgesteckten Erwartungen, auch weil die damalige Regierung Sinowatz den Bau bereits gestoppt hatte – und weil sie signalisiert hat, dass wesentliche Forderungen ohnehin erfüllt würden.

Inzwischen sind (bis auf den Nationalpark Kalkhochalpen) alle im Begehrenstext geforderten Nationalparks errichtet. Die im Text genannten „Sofortmaßnahmen“ gegen das Waldsterben haben im Lauf weiterer zehn Jahre den sauren Regen zum Verschwinden gebracht. Das geforderte Grundrecht auf umfas-

senden Umweltschutz wurde allerdings nur zu einer zahllosen Staatszielbestimmung und auf ein Energiespar- und Energieeffizienzprogramm des Bundes warten die Umweltschützer heute noch.

Das hat damit zu tun, dass Volksbegehren keinerlei Verbindlichkeit haben: Erreichen sie 100.000 Unterschriften, dann muss sich das Parlament damit befassen. Beschließen muss es nichts – die von der FPÖ geforderten verbindlichen Volksabstimmungen bei Erreichung einer bestimmten Unterschriftenzahl wurden nie beschlossen.

Tatsächlich sind viele Volksbegehren von politischen Parteien initiiert worden – etwa das Konferenzentrumsvolksbegehren von der ÖVP oder das Ausländervolksbegehren „Österreich zuerst“ von der FPÖ: Sie hatten Mobilisierungseffekte, rückten Themen in den Mittelpunkt – aber umgesetzt wurden sie nicht. Vielfach ist den Initiatoren aber ohnehin die Thematisierung des Anliegens am wichtigsten.

SCHWERPUNKT:
Initiativen für neue Polit-Themen

Volksbegehren in Österreich

Volksbegehren	Unterschriften	Rang	%*
1964 Für ORF-Reform	832.353	6	17,3
1969 Pro 40-Stunden-Woche	889.659	5	17,7
1969 Für Abschaffung 13. Schulstufe	339.407	16	6,8
1975 Aufhebung Fristenlösung	895.665	4	17,9
1980 Pro-Zwentendorf	421.282	12	8,0
1980 Anti-Zwentendorf	147.016	27	2,8
1982 Gegen Bau Konferenzzentrum	1.361.562	1	25,7
1985 Konrad-Lorenz-Volksbegehren (Hainburg)	353.906	15	6,6
1985 Zivildienst-Verlängerung	196.376	23	3,6
1985 Gegen Abfangjäger	121.182	31	2,2
1986 Anti-Draken (nur Steiermark)	244.254	21	4,5
1987 Anti-Privilegien	250.697	19	4,6
1989 Für Senkung der Klassenschülerzahl	219.127	22	3,9
1989 Gegen ORF-Monopol	109.197	32	2,0
1991 Für Volksabstimmung EWR-Vertrag	126.834	30	2,3
1993 „Österreich zuerst“ – Ausländervolksbegehren	416.531	13	7,4
1995 Pro Motorrad	75.525	33	1,3
1996 Für bundesweites Tierschutzgesetz	459.096	11	8,0
1996 Für Erhaltung der Neutralität	358.156	14	6,2
1997 Gentechnik	1.225.790	2	21,2
1997 Frauen-Volksbegehren	644.665	8	11,2
1997 Schilling-Volksabstimmung	253.949	18	4,4
1997 Atomfreies Österreich	248.787	20	4,3
1999 Familien-Volksbegehren	183.154	25	3,2
2000 Für neue EU-Abstimmung	193.901	24	3,4
2001 Bildungs-Volksbegehren	173.594	26	3,0
2002 Veto gegen Temelin	914.973	3	15,5
2002 Sozialstaats-Volksbegehren	717.102	7	12,2
2002 Anti-Abfangjäger	624.807	10	10,7
2003 Atomfreies Europa	131.772	29	2,2
2004 Pensions-Volksbegehren	627.559	9	10,5
2006 Österreich bleibt frei	258.281	17	4,3
2009 Stopp dem Postraub	140.622	28	2,2



Quelle: BMG, Foto: APA * Prozent der Wahlberechtigten DER STANDARD

Noch 8031 Unterschriften

Initiator Androsch gibt Unterstützungserklärung ab

Wien – Der Initiator deklarierte sich als erster Unterstützer des Bildungsvolksbegehrens: Der Industrielle und Exvizekanzler Hanes Androsch (SPÖ) eröffnete am Montag mit seiner Unterstützungserklärung die Phase, in der sich 8032 Unterstützerinnen und Unterstützer für die Realisierung des „Österreich darf nicht sitzen bleiben“-Volksbegehrens per Unterschrift einsetzen müssen.

Ein Promille der Gesamtbevölkerung muss sich beim Gemeindeamt oder Magistratischen Bezirksamt eintragen, damit Androschs Initiative – er hofft auf einen Termin ab Mitte September – im Innenministerium eingebracht werden kann. Die Frist für die Stimmensammlung endet am 1. Juli.

Unterstützt wird Androschs Initiative derzeit von knapp 20 Organisationen, darunter Bildungsinitiativen wie „Bildung grenzenlos“, die Plattform für Elementarpädagogik „Educare“, das Liberale Forum und SP-nahe Organisationen wie die Kinderfreunde. Auch

Unterrichtministerin Claudia Schmied (SPÖ) und BZÖ-Chef Josef Bucher wollen unterschreiben. Die Grünen werden ihre Anhänger mobilisieren, weil sie den Kurztitel als Forderung nach einer Gesamtschule interpretieren, die Industriellenvereinigung wiederum stellt sich hinter das Begehren, weil es ihrer Meinung nach genau diese Forderung nicht enthält.

Androsch selbst hatte kurz irritiert, weil er die Passage „leistungsdifferenzierte, hochwertige gemeinsame Schule bis zum Ende der Schulpflicht“ nicht als Gesamtschulforderung verstanden wissen wollte. Bernd Schilcher, der den Text maßgeblich redigiert hat, stellte dazu im STANDARD-Gespräch klar: „Ja freilich ist damit eine Gesamtschule gemeint. Aber das Wort ist seit den 1970er-Jahren sehr belastet. Natürlich wollen wir eine gemeinsame Schule – und natürlich mit innerer Differenzierung und Leistungsbetonung, aber eben gemeinsam für alle Kinder bis 14.“ (APA, nim)

Massive Kritik an Kirchenvolksbegehren: „Ein völliger Quatsch“

Wien – Das geplante Volksbegehren „gegen Kirchenprivilegien“ stößt bereits vor dem offiziellen Start auf Kritik. „Eigentlich ist es meist völliger Quatsch und präsentiert bestenfalls Viertelwahrheiten“, findet der Wiener Religionsrechtler Richard Potz im STANDARD-Gespräch klare Worte. So sei es „zu platt und zu undifferenziert“, zu sagen, die Kirche genieße Steuervorteile. Potz: „In Österreich werden anerkannte Religionsgemeinschaften wie Körperschaften öffentlichen Rechts – wie etwa die Kammern – begünstigt.“

Ähnlich unscharf sei die Kritik an staatlichen Zahlungen an die Kirche, Potz: „Nicht angeführt wird, dass es sich dabei um im Staatsvertrag verankerte Entschädigungszahlungen handelt, die auch andere Kirchen und die israelitische Religionsgesellschaft bekommen.“ Auf Distanz zum Volksbegehren geht auch die Plattform „Wir sind Kirche“: Einige Vorwürfe würden nicht den Tatsachen entsprechen. (mro)

Opposition für Euratom-Ausstieg

Greenpeace: Beschwerde gegen Deutschland einlegen

Wien – Das Euratom-Volksbegehren ist gestartet – eine Woche lang kann nun für einen Ausstieg Österreichs aus der europäischen Atomgemeinschaft unterschrieben werden. Den Anfang machten die Politiker der Oppositionsparteien FPÖ, Grüne und BZÖ. So unterschrieben etwa Grünen-Chefin Eva Glawischnig (im Bild oben), der stellvertretende FPÖ-Chef Norbert Hofer und der BZÖ-Obmann Josef Bucher. In der Vergangenheit hatten sich Mehrheiten in allen neun Landtagen für einen Euratom-Ausstieg ausgesprochen, ebenso der burgenländische Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ). Entschieden gegen einen Austritt ist die ÖVP.

Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner sagt dazu: „Ich halte wenig davon.“ Er gibt zu bedenken, dass die „rechtlichen Möglichkeiten, hier auszutreten, relativ eingeschränkt bzw. de facto nicht gegeben“ seien. „Wir müssten auch aus der EU austreten.“ Ein Argument, das die Initiatoren

von „Raus aus Euratom“ bestreiten: Ein Ausstieg sei auch ohne Austritt aus der EU möglich.

Die Versuche der Opposition, das Thema im Nationalrat zu diskutieren, wurden bisher von SPÖ und ÖVP abgeblockt. Das Ziel der Initiatoren ist nun eine Volksabstimmung, bei der die Bevölkerung selbst entscheiden kann.

Kritik von Greenpeace

Die Umweltorganisation Greenpeace kritisierte indessen die „Tatenlosigkeit der Regierung im Zusammenhang mit der deutschen AKW-Laufzeitverlängerung“. Es hätte die Möglichkeit bestanden, bei der EU-Kommission Beschwerde einzulegen, da Deutschland seine Mitteilungspflicht verletzt habe. Greenpeace liegen entsprechende Rechtsgutachten vor. „Umweltminister Berlakovich liegt in atompolitischen Dornröschenschlaf, anstatt gegen die grenznahen Atomkraftwerke aufzutreten“, kritisierte Greenpeace-Sprecher Niklas Schinerl. (nik)